

http://www.faz.net/-gsb-8o7d3

STELLENMARKT LEBENSWEGE SCHULE

FAZ.NET F.A.Z. F.A.S.Anmelden **Abo** Mobil Newsletter Mehr

HERAUSGEGEBEN VON WERNER D'INKA, JÜRGEN KAUBE, BERTHOLD KOHLER, HOLGER STELTZNER

Gewinnen bis
Jahresende: Der
FAZ.NET-
Adventskalender
2016
Frankfurter Allgemeine
Feuilleton

Freitag, 09. Dezember 2016

VIDEO THEMEN BLOGS ARCHIV

F.A.Z. PLUS
abonnieren

POLITIK WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN REISE BERUF & CHANCE RHEIN-MAIN

Home Feuilleton Medien TV-Kritik TV-Kritik „Maybrit Illner“: Wie werden wir Flüchtlinge wieder los?

TV-Kritik „Maybrit Illner“

Wie werden wir die Flüchtlinge wieder los?

Politik wird in Deutschland vor allem als Verwaltungshandeln verstanden. Das zeigen Politiker aller Parteien auch bei Maybrit Illner. Doch damit findet man keine Antwort auf das, was die Bevölkerung erlebt.

09.12.2016, von FRANK LÜBBERDING

Teilen

Twittern

Teilen

E-mailen

Veröffentlicht: 09.12.2016, 06:39 Uhr



© ZDF UND SVEA PIETSCHMANN

Moderatorin Maybrit Illner

In Deutschland leben zur Zeit etwa 64.000 Jugendliche, die im Amtsdeutsch als „unbegleitete minderjährige Ausländer“ (UmA) oder als „unbegleitete minderjährige Flüchtlinge“ (UmF) bezeichnet werden. Schon die Benennung löst bisweilen bürokratische Meinungsverschiedenheiten aus. Einer dieser Jugendlichen steht unter dem dringenden Tatverdacht, in Freiburg eine junge Studentin ermordet zu haben. Das löste in den vergangenen Tagen eine lebhafte Debatte über die Folgen der deutschen Flüchtlingspolitik aus, so auch gestern Abend bei **Maybrit Illner**. „Flüchtlinge unter Verdacht – Willkommenskultur am Ende?“, so der bezeichnende Titel. Die Sendung war ein interessantes Beispiel dafür, wie diese Gesellschaft mit den Problemen und Konflikten umgeht, die sich aus der Einwanderung ergeben.

In der deutschen Tradition ist der Umgang damit vor allem eine Frage des Verwaltungshandelns, zumeist auch etwas abschätzig Bürokratie genannt. Das zeigt sich nicht zuletzt an den „UmA“ (oder „UmF“). Mit dem Betreten des deutschen Staatsgebiets müssen die Jugendämter tätig werden und die Jugendlichen in Obhut nehmen. Der Freiburger Oberbürgermeister Dieter Salomon (Grüne)

schilderte diesen Vorgang sehr anschaulich am Beispiel der badischen Grenzstadt zur Schweiz. Anschließend wird für die weitere Betreuung dieser Jugendlichen gesorgt, ob in Heimeinrichtungen, Wohngruppen oder Gastfamilien. In Letztere war auch der Freiburger Jugendliche untergebracht.

„Psychotherapeutische Betreuung“ und „Clearingverfahren“

Im Gegensatz zu vielen anderen europäischen Staaten landet bei uns keiner dieser **Flüchtlinge** auf der Straße. Das ist zweifellos ein erstaunlicher Kraftakt der deutschen Verwaltung, wie es auch die Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) für ihr Bundesland Nordrhein-Westfalen anmerkte.

Mehr zum Thema

- Das Internet nach Freiburg: Der Hass kennt keine Grenzen **Rainer Wendt**
- Nach Frauenmord in Freiburg: Maas für Debatte über DNA-Analyse **(CDU),**
- CDU-Vize Strobl: „Merkel verbindet Herz und Härte“ **Vorsitzender der**
- Kramp-Karrenbauer: „Warum verzichtet die CSU nicht auf die Obergrenze?“ **Deutschen**

Polizeigewerkschaft, zog aus dem Freiburger Fall folgende Schlussfolgerung: Für solche Jugendliche gehörte „eine psychotherapeutische Betreuung in der Aufnahmephase“ immer dazu. Tatsächlich ist heute schon in einem „Clearingverfahren“ eine Begutachtung der psychischen und körperlichen Verfassung vorgesehen, wobei deren Qualität in jedem Bundesland höchst unterschiedlich sein kann. Aber jenseits dessen: Man braucht schon angesichts der Sprachprobleme und fehlender Therapieplätze einen starken Glauben, um damit Fälle wie in Freiburg verhindern zu können.

An diesem Beispiel wird deutlich, dass bei uns unter Politik vor allem Verwaltungshandeln verstanden wird. Damit findet man aber keine Antwort auf das, was in der Bevölkerung erlebt wird. Etwa wenn die gebürtige Iranerin, und heutige Unternehmerin, Emitis Pohl (**CDU**) die Angst um ihre Töchter in öffentlichen Räumen schildert. Sie thematisierte zudem die Mentalitätsunterschiede zwischen einer deutschen Gesellschaft und jungen Männer, die aus patriarchalischen und frauenfeindlichen Kulturen wie in Afghanistan kommen. Das erzeugt zuerst einmal Konflikte und soziale Belastungen, die man nicht einfach als Integrationsaufgabe umdefinieren kann. Es geht eben nicht darum, ob die Jugendämter gemäß § 42 Sozialgesetzbuch VIII die Inobhutnahme der „UmF“ oder „UmA“ sicherstellen. Vielmehr muss sich die Gesellschaft darüber verständigen, ob sie die unvermeidlichen Konflikte und Belastungen einer solchen Einwanderungspolitik überhaupt auf sich nehmen will.

Krafts entwaffnende Ehrlichkeit

Das ist aber unmöglich, wenn die Politik weiterhin ihre Handlungsunfähigkeit demonstrieren sollte. Das wurde nicht zuletzt an der Debatte über den Umgang mit straffällig gewordenen Flüchtlingen deutlich. Frau Kraft war in der Hinsicht von entwaffnender Ehrlichkeit. Sie wüsste nicht, wie „wir sie loswerden“ soll. Sie machte dafür die Bundesregierung verantwortlich, weil diese mit Staaten wie Marokko keine funktionierenden Rückführungsabkommen hinbekäme. Der sächsische CDU-Bundestagsabgeordnete **Michael Kretschmer** wies dem gegenüber auf die Weigerung sozialdemokratischer Landesregierungen im Bundesrat hin, die Maghreb-Staaten zu „sicheren Herkunftsstaaten“ zu erklären. So schob man sich wechselseitig die Verantwortung dafür zu, noch nicht einmal Selbstverständlichkeiten politisch durchsetzen zu können. Nämlich sogar straffällig gewordene Ausländer ohne einen rechtlich gültigen Aufenthaltsstatus des Landes verweisen zu können. Wenn sich die Politik schon selbst als ohnmächtig deklariert, muss sie nicht über die Folgen dieser Ohnmacht in der Wählerschaft wundern.

1 | **2** Nächste Seite | Artikel auf einer Seite

Zur Homepage

Themen zu diesem Beitrag: [Abschiebung](#) | [Afghanistan](#) | [CDU](#) | [Deutschland](#) | [DPoIG](#) | [Flüchtlinge](#) | [Freiburg im Breisgau](#) | [Hannelore Kraft](#) | [Alle Themen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

Weitere Empfehlungen

http://www.faz.net/-gsb-8o7d3

STELLENMARKT LEBENSWEGE SCHULE

FA

.S.

Anmelden Abo Mobil Newsletter Mehr

HERAUSGEGEBEN VON WERNER

LD KOHLER, HOLGER STELTZNER

Amerika nach der
Wahl

Frankfurter Allgemeine
Feuilleton

Zur
HomepageF.A.Z. PLUS
abonnieren

Freitag, 09. Dezember 2016

VIDEO THEMEN BLOGS ARCHIV

POLITIK WIRTSCHAFT FINANZEN FEUILLETON SPORT GESELLSCHAFT STIL TECHNIK & MOTOR WISSEN REISE BERUF & CHANCE RHEIN-MAIN

Home Feuilleton Medien TV-Kritik Seite 2 - TV-Kritik „Maybrit Illner“: Wie werden wir Flüchtlinge wieder los?

TV-Kritik „Maybrit Illner“

Wie werden wir die Flüchtlinge wieder los?

Seite 1 | 2 | [Artikel auf einer Seite](#)

Teilen

Twittern

Teilen

E-mailen

Veröffentlicht: 09.12.2016, 06:39 Uhr

Zudem machte Salomon auf jenen Zustand aufmerksam, dass von 500.000 abgelehnten Asylbewerbern mittlerweile achtzig Prozent den Status der Duldung erhalten haben. Was das bedeutet, wurde am Fall von Mazour Hossein Sharifi deutlich, der vor sechs Jahren aus Afghanistan nach Deutschland kam. Er lebt in jenem unsäglichen Zustand der monatlichen Verlängerung der Duldung und muss nach sechs Jahren mit seiner Abschiebung rechnen. Duldung bedeutet, sich nicht integrieren zu dürfen, gleichgültig wie sehr er sich darum bemüht.

„Ich habe manchmal den Eindruck, dass wir die Falschen abschieben“, so beschrieb Wendt diese Absurdität der deutschen Politik. Wobei diese durchaus noch zu steigern ist: So mancher „unbegleiteter minderjähriger Flüchtling“ wird bei uns eine ähnliche Erfahrung machen wie Sharifi. Zuerst wird er mit großem sozialpolitischen Aufwand betreut, um anschließend bei Erreichen der Volljährigkeit mit den Konsequenzen eines abgelehnten Asylantrages konfrontiert zu werden. Diese Abschiebung hat auch nichts mit der Wirklichkeit des vermeintlich „sicheren Herkunftslandes“ Afghanistan zu tun.

Frau Illner zitierte den früheren Bundeswehr-Offizier und heutigen AfD-Vorsitzenden in Rheinland-Pfalz, Uwe Junge, der das bezweifelte. In Wirklichkeit geht es unserer Politik um etwas anderes: Sie will den jungen Männern in Afghanistan das Signal vermitteln, warum sich die Risiken (und die Kosten für die Bezahlung von Menschenhändlern) der Einreise nach Deutschland nicht lohnen. Aber an ihrem humanitären Anspruch will man hierzulande natürlich weiterhin festhalten. Bekanntlich gibt es keine Obergrenze für Humanität. Die Definition, was darunter im Einzelfall zu verstehen ist, überlässt die Politik aber lieber den Bürokraten.

„Über Integration so intensiv diskutieren wie über die Abschiebung“

So formulierte Sharifi den klügsten Satz des gestrigen Abends: „Die Ämter können nichts dafür, die machen nur ihren Job. Darum soll sich die Politik kümmern.“ Diese erklärt sich aber als unzuständig, wie bei Frau Illner wieder einmal zu erleben war. Dafür kümmern sich zuerst die Jugendämter um die „UmA“ oder „UmF“, die mit der Hoffnung auf ein besseres Leben zu uns kommen, selbst wenn sie nicht politisch verfolgt werden. Nur damit anschließend das „Bundesamt für Migration und Vertriebene“ deren Asylanträge ablehnt. Wer will schon die ungesteuerte Zuwanderung junger Männer aus Afghanistan angesichts der damit verbundenen Konflikte und Probleme verantworten? So werden sie wie Sharifi geduldet, was Integration rechtlich ausschließt, um aber gleichzeitig - wie Frau Kraft - diese zu fordern. Das können auch afghanische Jugendliche nur als Zynismus interpretieren. Schließlich müssen sogar hoch motivierte junge Männer mit guten

Integrationsvoraussetzungen mit ihrer Abschiebung rechnen.

Wir erzeugen somit bei solchen Flüchtlingen entsprechende Erwartungen, die wir aber niemals für alle erfüllen werden. Und gleichzeitig wird den eigenen Wählern das genaue Gegenteil vermittelt. Dass sie alles hinzunehmen haben, am Ende sogar Morde wie in Freiburg oder Bochum. Das ist natürlich eine groteske Wahrnehmung: Von 64.000 „UmA“ oder „UmF“ sind nämlich 63.999 keine Mörder.

Hannelore Kraft wünschte sich am Ende der Sendung, dass wir „über Integration so intensiv diskutieren wie über die Abschiebung.“ Flüchtlinge wie Sharifi wollen aber vor allem eine klare Antwort auf eine einfache Frage bekommen: Dürfen sie bleiben oder nicht? Und die Wähler wollen in Deutschland auch nichts anderes: Ebenfalls eine klare Antwort auf diese schlichte Frage. Sie findet man allerdings nicht im Paragraphen 42 Sozialgesetzbuch VIII. Eine Inobhutnahme mit anschließender Abschiebung ist nämlich nicht das, was Flüchtlinge und Wähler von der Politik erwarten.

[Vorherige Seite](#) | 1 | 2 | [Artikel auf einer Seite](#)

Quelle: FAZ.NET

[Zur Homepage](#)

Themen zu diesem Beitrag: [Abschiebung](#) | [Afghanistan](#) | [CDU](#) | [Deutschland](#) | [DPoG](#) | [Flüchtlinge](#) | [Freiburg im Breisgau](#) | [Hannelore Kraft](#) | [Alle Themen](#)

Hier können Sie die Rechte an diesem Artikel erwerben

Weitere Empfehlungen

Nach der Festnahme

Polizei prüft Umfeld des Verdächtigen in Freiburg

Nach dem tödlichen Sexualverbrechen in Freiburg prüft die Polizei mögliche Verbindungen zwischen dem festgenommenen Verdächtigen und der getöteten Studentin. AfD-Anhänger nutzen die Festnahme, um gegen die Flüchtlingspolitik zu demonstrieren. [Mehr](#)
04.12.2016, 21:19 Uhr | Gesellschaft



Anzeige

Selber Wünsche erfüllen

ist einfach. Wenn Ihre Sparkasse schneller ist als der Weihnachtsmann. [Mehr](#)



powered by plista

CDU-Parteitag in Essen

Malochen für nichts

Die CDU veranstaltet ihren Parteitag in Essen, es soll um Aufbruch gehen. Die Stadt aber steckt noch immer in der Krise. Und jetzt sind auch noch die Flüchtlinge da. [Mehr](#) Von JULIAN STAIB, ESSEN
05.12.2016, 16:38 Uhr | Politik



Anzeige

Ist diese Taschenlampe "Zu Hell"?

Geheime Militärtechnologie endlich für jeden erhältlich. Schützen Sie sich und Ihre Familie mit dieser extrem effektiven Taschenlampe. [Mehr](#)



powered by plista

Tagesschau und Freiburg-Mord

Jetzt berichten sie doch

Die ARD-Tagesschau hat zum Sexualmord in Freiburg nichts gebracht. Die Redaktion sagt, sie habe dafür gute Gründe. Doch dann macht der Chefredakteur im Facebook-Chat eine Rolle

